

Keine Antwort auf Petition „Das Michlstift muss bleiben!“

Ist Regensburg eine Postdemokratie?

Fast auf den Tag genau vor einem Jahr übergab die Initiative „Recht auf Stadt“ Oberbürgermeister Joachim Wolbergs über 1300 Unterschriften von Menschen, die sich für den Erhalt des Alten- und Pflegeheims Bürgerstift St. Michael aussprachen.

Bis heute blieben die beiden Adressaten der Petition Joachim Wolbergs und Gertrud Maltz-Schwarzfischer eine offizielle Antwort schuldig. Zeit für einen Rück- und Ausblick.

Wie ging's los?

Am 10. März 2015 verkündete die Stadt Regensburg per Pressemitteilung die beabsichtigte Schließung des Alten- und Pflegeheims Bürgerstift St. Michael, meist kurz „Michlstift“ genannt. Als Grund wurden überhohe Sanierungskosten, mangelnde Brandschutzeinrichtungen, eine mangelnde Eignung des Gebäudes für eine zeitgemäße Pflege sowie freie Kapazitäten in anderen Pflegeheimen angegeben. „Vor diesem Hintergrund ist ein auch nur ansatzweise wirtschaftlicher Betrieb völlig ausgeschlossen“, so die Stadt.

Schon bald wurde klar, dass vieles an der Darstellung der Stadt so nicht stimmen konnte:

- Die angeführten Sanierungen von 15 Millionen Euro sind erst bis zum Jahr 2025 fällig und betreffen nicht, wie der Eindruck erweckt wurde, den Betrieb als Altersheim, sondern müssen in jedem Fall auch bei anderer Nutzung durchgeführt werden.
- Der mangelnde Brandschutz bezog sich im Wesentlichen auf eine fehlende Brandschutztreppe, nicht im denkmalgeschützten Altbau, sondern in einem in den 80er Jahren neu angefügten Flügel. Eine Treppe könnte leicht und günstig nachinstalliert werden, da vermutlich keine Denkmalschutzerwägungen dagegen sprechen.
- Die angeführten Nachteile des Gebäudes wurden von Bewohner_innen und Angehörigen als Vorteil betrachtet. Das Michlstift wirke nicht wie ein steriles Pflegeheim, es habe Flair. Überdies versahen sowohl der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) als auch die städtische Heimaufsicht (FQA) das Michlstift vor allem im Bereich Pflege mit besten Bewertungen.¹
- Das Michlstift war stets ausgebucht, ebenso das zweite städtische Pflegeheim Kumpfmühl. Viele Angehörige ziehen kommunale Pflegeeinrichtungen vor, da private Betreiber auf Gewinn abzielen und daher entweder an der Pflege sparen oder übermäßig teuer sind. Die Belegungsprognose und somit die wirtschaftlichen Aussichten für kommunale Einrichtungen sind entsprechend günstig.² Warum sollte es daher ein Problem sein, wenn es in anderen Pflegeheimen freie Kapazitäten gab?

Zusammen mit Angehörigen startete Recht auf Stadt die Petition „Das Michlstift muss bleiben!“, welche in der Folge einigen Staub aufwirbelte. Der Oberbürgermeister dieser Stadt stellte in einer äußerst hitzigen Stadtratssitzung den Betreiber der Petition als Lügner dar, die Unterzeichner_innen als unkritische Marionetten. Ein Stadtrat vermeldete, Wolbergs sei aufgegangen „wie eine Brezen.“ Wenig später bezeichnete der Oberbürgermeister einem Internetblog gegenüber das Verteilen von Flugblättern an die Michlstiftbewohner_innen durch Mitglieder von Recht auf Stadt als „Hinterfotzigkeit“.

Daraufhin erstatte der Verantwortliche für die Petition Strafanzeige wegen Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede. Das Verfahren wurde erwartungsgemäß eingestellt. Es handele sich bei den Äußerungen des Stadtoberhauptes nicht um eine „Schmähekritik“, sondern um „freie Meinungsäußerung“. Allerdings stellte die Staatsanwaltschaft fest: „Sicherlich hätte er dies auch in wohlgesetzten Worten ohne Schärfen und Herabsetzungen tun können.“³

1) Aus dem „16. Beteiligungsbericht 2014“ der Stadt: „Alle Einrichtungen wurden durch die FQA (Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht) der Stadt Regensburg und den MDK (Medizinischer Dienst der Krankenversicherung) der Pflegekassen geprüft. Dabei wurden sehr gute Bewertungen erreicht.“

2) Die verfügbaren Beteiligungsberichte der Stadt von 2012 bis 2014 vermelden für Kumpfmühl und Michlstift eine nahezu vollständige Auslastung:

2012: 90,58 % / 95,37 % (jeweils Kumpfmühl / Michlstift)

2013: 92,65 % / 96,43 %

2014: 96,64 % / 95,84 %

Ein hundertprozentige Auslastung ist aufgrund der unvermeidlichen Fluktuation in der Regel nicht zu erreichen.

3) Aus dem Schreiben der Staatsanwaltschaft vom 10.06.2015: „Der Beschuldigte hat sich innerhalb einer Stadtratssitzung zu einem politischen Thema geäußert und seiner Meinung Ausdruck gegeben, dass die Kritik des

„Bürgerinformationsveranstaltung“

Durch öffentlichen Druck gezwungen lud die Stadt wenig später zu einer „Bürgerinformationsveranstaltung“ ein. Dort nahm Wolbergs wesentliche Punkte zurück. Die Investitionen in den Brandschutz seien „gar nicht so aufwendig.“ Auch müssten die 15 Millionen Sanierungskosten so oder so investiert werden.

Als neues Argument wurde nun der Denkmalschutz aufgeboten, „pflegerische Umbauten“ seien deswegen nicht möglich. Wolbergs wörtlich: „Der Denkmalschutz verbietet das.“ Außerdem habe es in den letzten Jahren einen „dramatischen“ Belegungsrückgang im Michlstift gegeben, was Wolbergs hauptsächlich auf teilweise fehlende Nasszellen und Vorräume zurückführte.

Auf die Publikumsfrage, dass der demographische Wandel zukünftig nicht weniger sondern mehr Pflegeheimplätze nötig mache, konterte Wolbergs, laut Pflegebedarfsplan gäbe es derzeit in Regensburg ein Überangebot an stationären Pflegeplätzen. Deshalb sei es „völlig wahnsinnig“, wäre auf dem Hintergrund der Berechnungen in die Zukunft „völliges Harakiri“, wenn man beispielsweise neu bauen würde.

Doch auch hier stellten sich die Begründungen, vorsichtig ausgedrückt, als ziemlich freie Auslegungen der Fakten dar, um nicht zu sagen, als Lügen:

- Ein Anruf bei der Unteren Denkmalschutzbehörde ergab, die Stadt hatte bis zu dem Zeitpunkt weder bezüglich Pflegeumbauten, noch wegen einer anderen Nutzung des Michlstifts mit der Behörde Kontakt aufgenommen. Dies bestätigten die Zuständigen Klaus Heilmeier und Eugen Trapp übereinstimmend.
- Das Michlstift stellte ursprünglich 100 Pflegeplätze zur Verfügung. Bis einschließlich 2014 waren diese laut der Beteiligungsberichte der Stadt bis auf unvermeidliche Fluktuationsleerstände komplett ausgebucht. Danach hat es zwar einen Belegungsrückgang gegeben, aber nicht, wie der Oberbürgermeister es darstellte, aufgrund mangelnder Nachfrage, sondern weil aus Brandschutzgründen 35 Plätze abgebaut werden mussten. Trotzdem waren laut des Leiters der Heimaufsicht Roland Gerth zum Zeitpunkt der Schließungsentscheidung statt erlaubter 65 sogar 78 Plätze belegt. Das heißt, als Wolbergs verkündete, es gäbe einen „dramatischen“ Rückgang, war das Michlstift in Wirklichkeit um ca. 20 Prozent überbelegt.⁴
- Der Pflegebedarfsplan von 2004⁵ prognostizierte für das Jahr 2015 einen Mindestbedarf von 973 und Maximalbedarf von 1295 Plätzen. Tatsächlich waren Ende 2014 schon 1698 Heimplätze belegt.⁶ Soviel zur Zuverlässigkeit von Prognosen. Der „aktuelle“ Pflegebedarfsplan von 2010⁷ sagt für das Jahr 2020 einen durchschnittlichen Bedarf von 2007 Plätzen voraus. (Mindestbedarf 1795, Maximalbedarf 2218). Laut Wolbergs gibt es zur Zeit ca. 1900 Plätze in Regensburg. Spätestens im Jahr 2020 werden die 100 Plätze des Michlstift laut Pflegebedarfsplan wieder gebraucht werden, um eine ausreichende Versorgung sicher zu stellen. Umgekehrt wird also ein Schuh daraus: Vor dem Hintergrund der Berechnungen für die Zukunft ist es „völlig wahnsinnig“, das Michlstift zu schließen.

Master of Disaster – Stadtratssitzung II

Einen Monat nach der „Bürgerinformationsveranstaltung“ war das Michlstift wieder Thema einer Stadtratssitzung. Der Oberbürgermeister hatte die Petition, die zu dem Zeitpunkt noch gar nicht eingereicht worden war, kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt. Die Petenten selbst waren nicht geladen, geschweige denn wurde ihnen ein Rederecht eingeräumt.

Die Initiative verteilte deshalb vor dem Rathaus an alle ankommenden Stadträte ein Informationsblatt, in der alle bisherigen Argumente für die Schließung aufgeführt und feinsäuberlich widerlegt wurden.⁸

Entsprechend nervös reagierte der sitzungsleitende Oberbürgermeister. Langatmig versuchte er noch einmal, den Abbau kommunaler Pflegeplätze zu begründen. Denn die Sache war auch aus einem anderen Grunde heikel: Im Wahlkampf hatte die SPD versprochen, sich einzusetzen „für den Erhalt und den Ausbau von Pflegeeinrichtungen und Hilfen in städtischer Hand“⁹. Dieses Wahlversprechen wurde nun gebrochen.

Anzeigenerstatters und anderer Personen an dem Verhalten und den Entscheidungen der Stadt Regensburg hinsichtlich der Schließung des städtischen Alten- und Pflegeheims St. Michael unberechtigt sei. Sicherlich hätte er dies auch in wohlgesetzten Worten ohne Schärpen und Herabsetzungen tun können, doch ist die Meinungsfreiheit für die Demokratie ein solch hohes Gut, dass angesichts der Reizüberflutung auch „starke Worte“, die Ehrverletzungen beinhalten, hingenommen werden müssen. Eine „Schmähkritik, bei der die Diffamierung der Person des Anzeigenerstatters im Vordergrund steht, liegt nicht vor.“

4) Gerth gab die betreffenden Zahlen während der „Bürgerinformationsveranstaltung“ bekannt. Auch der Fraktionsvorsitzende der SPD Norbert Hartl berichtete auf nämlicher Veranstaltung, nach einer behördlichen Begehung 2014 hätten 35 Plätze aus Brandschutzgründen gestrichen werden müssen.

5) Pflegebedarfsplan des Landkreises Regensburg, Stand: 01.02.2004, Herausgeber: Landratsamt Regensburg, S. 7

6) Statistisches Jahrbuch der Stadt Regensburg, Ausgabe 2015, S. 205

7) Bedarfsermittlung nach Art. 69 AGSG für die Stadt Regensburg zum Stichtag 31.12.2010, S. 98

8) Nachzulesen hier: <http://rechtaufstadt-regensburg.uetheater.de/michlstift-besser-als-buergerheim-kumpfmuehl-begrueundung-der-schliessung-nur-vorentwurf/>

9) Zitat: SPD-Wahlprogramm zur Bürgermeisterwahl 2014.

Wolbergs Taktik war es, auf Fragen entweder inhaltlich gar nicht oder mit blanken Lügen zu reagieren. Einem ÖDP-Stadtrat, der sich nach den tatsächlichen Sanierungskosten erkundigte, beschied der OB, er werde ihm die Informationen nicht nachtragen.

Ein Stadtrat der CSU wollte wissen, ob es stimme, wie es im Informationsblatt der Initiative Recht auf Stadt heiße, dass es auch in Kumpfmühl Zimmer ohne Nasszelle gäbe. Wolbergs darauf wie aus der Pistole geschossen: „Falsch. Im neugebauten Bürgerheim Kumpfmühl gibt es kein Zimmer ohne Nasszelle.“

Falsch! Ein Blick in die Beteiligungsberichte zeigt, in Kumpfmühl gibt es insgesamt 5 Einzelzimmer lediglich mit „WB/WC“ (Waschbecken/Wasserklosett).¹⁰ Was auch Sinn macht, denn schwer pflegebedürftige Menschen können nicht mehr duschen, sie müssen im Pflegebad gewaschen werden.¹¹ Dies hatte der Initiative gegenüber Frau Elisabeth Hetzenecker vom Bürgerheim Kumpfmühl erläutert.

In seiner Hilflosigkeit wurde das Stadtoberhaupt nun immer ausfälliger. Schließlich pöbelte er einen CSU-Stadtrat an, der eigentlich nur schlichten wollte: „Herr Rieger, bei Ihnen ist mir nicht klar, ob Sie gerade etwas geraucht haben!“

Die Presse sprach am folgenden Tag von einem „Sitzungsdesaster“. Das Projekt „Schließung des Michlstift“ war spätestens ab diesem Zeitpunkt vollkommen diskreditiert.

Letzter Ausweg Geflohene?

Ende Juni 2015 gab die Stadt schließlich bekannt, im Michlstift nach der Einstellung des Pflegebetriebs zwischenzeitlich geflohene Jugendliche unterzubringen. Sofort beendete Recht auf Stadt ihre Petition, um nicht Rassisten und Fremdenfeinden ein Forum zu bieten. Damit hatte die Stadt die Petition zunächst erfolgreich ausgebremst.

Doch die Initiative entwickelte einen Alternativvorschlag, welcher der Stadt zusammen mit den Petitionsunterschriften übergeben wurde: Um sowohl das kommunale Altersheim zu retten, als auch eine menschenwürdige Unterbringung für Geflohene zu sichern, sollten die Schutzsuchenden sowohl im Anbau des Michlstifts, der aus Brandschutzgründen komplett leer stand, sowie im noch nicht bezogenen Neubau Kumpfmühl untergebracht werden. Zusammengekommen hätte das ziemlich genau die gleiche Zahl an Plätzen ergeben. Hintergrund: Der mangelnde Brandschutz betraf nur bettlägerige Menschen, für mobile Menschen waren die Brandschutzeinrichtungen bestimmungsgemäß.

Wäre die Stadt diesem Vorschlag gefolgt, hätte kein alter Mensch umziehen müssen und trotzdem hätten die Geflohene eine halbwegs menschenwürdige Unterbringung gefunden.

Der Alternativvorschlag wurde auch von der Bürger_innen-Initiative Asyl unterstützt. Sie fand die von Recht auf Stadt dafür genannten Argumente und Vorteile „begründet, plausibel und nachvollziehbar“ und forderte die Stadt auf, „diesen Vorschlag aufzugreifen und weiter zu entwickeln“.¹²

Die Stadt hat bis heute weder auf die Petition noch auf den Alternativvorschlag geantwortet.

Kinderschutz und Denkmalschutz: Geht das zusammen?

Inzwischen ging die Ära des Michlstift als Notunterkunft für jugendliche geflohene Menschen zu Ende. Die Bilanz: 353 000 Euro Schaden. Als Grund wird die massive Überbelegung und „Übernutzung“ angegeben. Bis zu sechs Menschen mussten in Zimmern leben, die vormals maximal von zwei alten Leuten bewohnt wurden. Aber auch spielende Kinder und Jugendliche hinterließen an den alten Terracottaböden und historischen Fresken ihre Spuren.

Dieses Geld hätte sehr wahrscheinlich zum größten Teil gespart werden können, wenn die Stadt auf den Vorschlag der Initiative eingegangen wäre. Doch mit den 353 000 Euro ist es noch lange nicht getan. Weitere knapp 500 000 Euro werden für den Umbau in ein Kinderschutzhaus veranschlagt. Überspitzt formuliert: Insgesamt weit über 800 000 Euro lässt sich die Stadt den Abbau von 100 kommunalen Pflegeplätzen kosten.

Doch Kinder sind Kinder, sie müssen spielen, sie müssen sich entfalten können. Ist es wirklich eine gute Idee, in einem denkmalgeschützten und offensichtlich sehr empfindlichen Gebäude mit historischen Fresken spielende Kinder und Jugendliche unterzubringen? Nehmen da nicht nur das Haus und dessen Einrichtungen, sondern auch die Kinder und Jugendlichen Schaden, die nicht so dürfen, wie sie möchten und sollten?

Vermutlich wird spätestens nach Fertigstellung der Sanierungsarbeiten an der Realschule am Judenstein, wenn der Garten des Michlstift nicht mehr als Containerabstellplatz gebraucht wird, festgestellt werden,

10) siehe 16. Beteiligungsbericht, S. 183

11) Im Michlstift kam auf je 30 Bewohner_innen ein Pflegebad, in Kumpfmühl auf je 40, erklärte Roland Gerth von der Heimaufsicht während der „Bürgerinformationsveranstaltung“.

12) Der vollständige Wortlaut der Stellungnahme von BI Asyl kann hier nachgelesen werden: <http://rechtaufstadt-regensburg.uetheater.de/michlstift-bi-asyl-fuer-gemischte-nutzung/>

dass das Michlstift als Kinderschutzhhaus völlig ungeeignet ist. Und dann?

Cui bono? Wem nutzt es?

Von allen Argumenten, die die Stadt für die Schließung des Michlstifts vorbrachte, blieb am Schluss nur eines übrig: „In Regensburg gibt es freie Kapazitäten in anderen Alten- und Pflegeheimen.“¹³

Letztendlich heißt das, die Stadt baute ihre eigenen, komplett belegten Plätze ab, damit andere ihre Heime voll bekommen. Und mit „andere“ sind nicht Pflegeheime in der Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden wie Arbeiterwohlfahrt oder Caritas gemeint, denn dort gab es nach unseren Informationen nahezu keine Leerstände, sondern Heime in privater Hand.¹⁴

Gerade zu der Zeit, als Wolbergs die Schließung des Michlstifts verkündete, entstand im Candisviertel ein neues, privates Pflegeheim, in der Trägerschaft der BayernStift GmbH, die zum Immobilienkonzern Sontowski & Partner Group gehört. Dort wurden ebensoviele Plätze neu errichtet, wie im Michlstift abgebaut wurden. Zufall?

Das Candisviertel wurde übrigens von der Firma Schmack Immobilien entwickelt, eben jenem Unternehmen, das jetzt in die Korruptionsaffäre rund um die SPD und Oberbürgermeister Wolbergs verwickelt ist.

Doch ob nun die Schließung des Michlstifts „nur“ auf eine neoliberale Grundeinstellung der Stadtregierung oder auf Bestechung zurückzuführen ist, bleibt letztendlich unerheblich. Das Ergebnis ist das gleiche: Kommunale Plätze werden abgebaut, private aufgestockt. Dieser Vorgang hat einen Namen: Privatisierung.¹⁵ Und die nutzt nur einem: dem Investor.¹⁶

Ist Regensburg eine Postdemokratie?

Regensburg wird seit kurzem von einer Korruptionsaffäre unterhalten, die auch ein neues Licht auf die Causa „Michlstift“ wirft. Es würde uns nicht wundern, wenn neben Schmack auch die Namen weiterer Player auftauchen würden, wie z.B. der bereits erwähnte Immobilienkonzern Sontowski & Partner Group oder deren Partner die BayernCare Immobilien GmbH & Co. KG. Vielleicht wird der Bürgermeister über die Affäre stürzen, vielleicht wird er sich auch durchwursteln. Der Initiative Recht auf Stadt ist das ziemlich egal. Denn die Demokratie ist in Regensburg so oder so am Ableben, unabhängig vom jeweiligen Oberhaupt. Beispiele allein anhand des Falls Michlstift:

- Obwohl das Regensburger SeniorenStift, welches das Michlstift verwaltete, zu hundert Prozent der Stadt, also uns gehört, werden alle Beschlüsse im Geheimen getroffen. Kein Protokoll darf nach außen dringen, kein städtischer Aufsichtsrat etwas verlauten lassen. Wenn die vollendeten Tatsachen der Öffentlichkeit präsentiert werden, nennt dies der Oberbürgermeister „Transparenz“.
- Will die Öffentlichkeit doch ein klein wenig nachprüfen, wie Entscheidungen zustande gekommen sind, verweigert die Stadt nach Belieben die Zusammenarbeit. Zwar gibt es in Regensburg seit 2011 eine „Informationsfreiheitsatzung“, die allen Bürger_innen „freien Zugang zu den bei der Stadtverwaltung vorhandenen amtlichen Informationen“¹⁷ garantiert. Doch flugs wird z.B. die Aufstellung der 15 Millionen Sanierungskosten, mit denen die Stadt offiziell die Schließung des Michlstifts begründete, als „Entwurf“ bezeichnet, und auf „Entwürfe und Notizen“ hätten die Bürger_innen laut Satzung keinen Anspruch.
- Gibt sich ein_e Bürger_in damit nicht zufrieden, wird sie_er gar „frech“, verweigert die Führung beleidigt jede Kommunikation. Der Fraktionsvorsitzende der SPD Norbert Hartl beispielsweise gab sich auf der „Bürgerinformationsveranstaltung“ als ausgesprochener Privatisierungsgegner. Als der Einreicher der Petition ihn daraufhin fragte, warum er dann für die Schließung des Michlstifts sei, was ja nichts anderes als Privatisierung sei, verweigerte er eine Antwort: „Mit Ihnen red ich nicht! Mit Ihnen nicht, und auch mit dem Herrn P. nicht.“ P. war ein Angehöriger, der sich sehr für den Erhalt des Michlstifts

13) Zitat: Pressemitteilung der Stadt vom 10.03.2015

14) Eine Angehörige, die bei Recht auf Stadt aktiv war, hatte bei allen in Frage kommenden caritativen Einrichtungen nachgefragt und kam jeweils nur auf eine Warteliste.

15) Dass die Stadt genau weiß, was Privatisierung bedeutet, belegten Oberbürgermeister Wolbergs und der Fraktionsvorsitzende der SPD Norbert Hartl auf der „Bürgerinformationsveranstaltung“ eindrücklich. Wolbergs erklärte, Private betrieben Heime nur aus einem Grund, „weil sie damit Geld verdienen wollen.“ Darum habe die SPD immer gesagt: „Wenn wir in dieser Stadt was zu sagen haben, dann wird es keine Privatisierung von Pflegeheimen geben.“ Der Fraktionsvorsitzende der SPD Norbert Hartl sprang ihm mit einen knapp 10 minütigen Koreferat zur Seite: Privaten, die nicht so gute Finanzierungsmöglichkeiten wie Kommunale haben, bliebe nur ein Ausweg: Da sie auch nicht teurer als die kommunalen Heime sein könnten, „wei sunst geht earna ja koana eini“, müssten sie am Pflegepersonal und an der Qualität der Pflege sparen. „Das haben wir alles in unseren Häusern nicht, darum sind wir so stolz auf das.“

16) Die Welt, 16.04.15: „Mit Pflegeheimen lässt sich reichlich Profit machen“

(<http://www.welt.de/finanzen/immobilien/article139642076/Mit-Pflegeheimen-laesst-sich-reichlich-Profit-machen.html>)

17) <https://www.regensburg.de/rathaus/stadtrecht/inhalte-des-stadtrechts/57759/satzung-zur-regelung-des-zugangs-zu-informationen-des-eigenen-wirkungskreises-der-stadt-regensburg-informationsfreiheitsatzung-ifs-vom-21-03-2011.html>

eingesetzt hatte. Es ist zu vermuten, dass in anderen, demokratischeren Städten die Ankündigung eines hochrangigen Kommunalpolitikers, mit Bürgern über deren Anliegen nicht reden zu wollen, Konsequenzen nach sich gezogen hätte.

Nun gibt es Leute, die sagen, wir leben ja nicht in einer Demokratie, sondern in einer repräsentativen Demokratie. Hier werden die Interessen der Bevölkerung von den jeweils gewählten Stellvertreter_innen wahrgenommen. Leider funktioniert auch das nicht in Regensburg.

- Nicht nur die Bürger_innen, auch die gewählten Stadträt_innen dürfen bei Beschlüssen, wie z.B. der Schließung eines kommunalen Pflegeheims, nicht mitbestimmen, sondern lediglich zur Kenntnis nehmen. Tun sie dies, nennt das Stadtoberhaupt dies „einstimmig Kenntnis genommen“.¹⁸
- Doch selbst wenn die Stadträte mitbestimmen dürfen, heißt das noch lange nicht, dass diese die verschiedenen Interessen der Bürger_innen vertreten würden. Genau einen Monat nach der denkwürdigen Sitzung, in der Wolbergs den CSU-Stadtrat Rieger des Kiffens verdächtigte, war die Satzungsänderung der Katholischen Bruderhausstiftung Tagesordnungspunkt im Stadtrat. Bis dahin war der ausschließliche Zweck der Stiftung „Unterhalt und die Bewirtschaftung des Gebäudes Bürgerstift St. Michael, soweit dieses der Altenhilfe dient“.¹⁹ Dies sollte nun auf Vorschlag der Stadt geändert werden, was natürlich den endgültigen Todesstoß für das kommunale Pflegeheim bedeutete. Doch, oh Wunder, obwohl in der Debatte zuvor noch die Fetzen flogen, herrschte nun traute Einigkeit zwischen Regierung und Opposition: Die Änderung wurde ohne Gegenstimme beschlossen. Das Alten- und Pflegeheim Bürgerstift St. Michael war damit Geschichte.
- Dieses Verhalten der Stadträt_innen zeigt deutlich: Alle Auseinandersetzungen im Stadtrat über die Frage der Schließung waren bloße Schaukämpfe. Es ging immer nur darum, den politischen Gegner zu schwächen, um sein eigenes Profil zu stärken. Denn in der Sache waren sich alle einig. Das ist keine Vertretung, mit Verlaub, das ist Verarsche.

Keine Demokratie und auch keine repräsentative? Haben wenigstens die Medien als wichtiges Kontrollorgan einer funktionierenden Demokratie ihren Job erledigt? Leider ist auch hier nicht sehr viel Positives zu vermelden.

- Die Aussagen der Stadt wurden in der Regel ungeprüft übernommen. Keine Kontrolle der behaupteten Fakten, kein Abklopfen auf Widersprüche.
- Zwar wurde oft und mit Sympathie über die Ziele der Initiative berichtet, aber eigene Recherchen wurden so gut wie keine angestellt. Nahezu alle Hintergrundinformationen, wie z.B. das gute Abschneiden des Michlstifts bei MDK und FQA oder die nicht erfolgte Einbeziehung des Denkmalschutzes kamen von Recht auf Stadt.
- Oft wurde über relativ nebensächliche persönliche Ausfälle berichtet, während die wirklich wichtigen Fakten kaum Erwähnung fanden. So wurde z.B. von keinem Medium unsere Meldung von der Aushebelung der Informationsfreiheitssatzung aufgegriffen, wodurch eine genaue Analyse der angeblichen 15 Millionen Sanierungskosten für das Michlstift verhindert wurde. Unseres Erachtens war und ist das einer der größten Skandale im Zusammenhang mit dem Abbau der kommunalen Pflegeplätze.
- Kurz: Investigativen Journalismus scheint es in Regensburg so gut wie nicht zu geben.

Dies soll keine Kritik an den einzelnen Journalist_innen sein. Wir wissen, dass eine gute Recherche mehr Zeit benötigt, als Zeitungen ihren Mitarbeiter_innen zur Verfügung stellen. Da bleibt kaum Zeit, einen Pflegebedarfsplan oder ähnliches durchzuackern. Aber ohne Recherche und guten, investigativen Journalismus gibt es eben leider auch keine funktionierende Demokratie.

Alles in allem bleibt nur eines: Wir, der Souverän, die Bevölkerung dieser Stadt, müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen. Ein Recht auf Stadt für alle!

Recht auf Stadt – Regensburg
Ansprechpartner: Kurt Raster
Tel: 0941 / 700 299
<http://rechtaufstadt-regensburg.uetheater.de>
<https://www.facebook.com/ras.regensburg>
recht-auf-stadt@uetheater.de



18) Wolbergs in der Stadtratssitzung vom 25.06.2015

19) Aus: Satzung der Katholischen Bruderhausstiftung in Regensburg vom 08. Februar 1973